

Referat 212
VLR Jess (2248)

Bonn, den 8. Oktober 1981
Kr.

Über den Herrn Gruppenleiter 21

den Herrn Abteilungsleiter 2

den Herrn Chef BK

dem Herrn Bundeskanzler

8. OKT. 1981

- direkt - GdL: b. 1. 8. 10. d. BK

dem Herrn Bundeskanzler

Sofort vorgelegt

12. 8. 10.

will. für Debatte
im BT.

Der Leiter
des Referats
- 8. OKT. 1981

1) Kopie: mit Havemann
Brief an 03 z.v.v.

2) Nr. 212 z.v.v. gen. Vorrang Bk

Betr.: Schreiben von Prof. Havemann an Generalsekretär Breschnjew

I.

1. Havemann greift in seinem Schreiben an GS Breschnjew in die aktuelle Friedensdiskussion ein, wie er dies bereits mit seinem an Sie gerichteten Offenen Brief vom Juni dieses Jahres getan hat (wieder beigelegt mit Antwort von St Bölling).

Das Schreiben ist lt. Pressemeldungen von 27 Bewohnern der DDR und 130 Bewohnern der Bundesrepublik, darunter vier SPD-Bundestagsabgeordneten, unterzeichnet worden.

Kernpunkt ist - wie auch in dem Offenen Brief an Sie - die Aussage, daß die Gefährdung des Friedens in Europa ursächlich in der Teilung Deutschlands begründet liegt.

"Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge."

CB/03/
K2
Gefährdung
Friedens
Heran!

3. Die Lösung sieht Havemann in einer rigorosen Beseitigung der Rüstungen auf dem Boden der beiden deutschen Staaten.

"Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sondern durch deren Beseitigung. Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. ... 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abziehen."

Die Forderung nach Beendigung des Wettrüstens läßt die Frage nach der Urheberschaft für den Rüstungswettlauf allerdings offen. Dies ist bemerkenswert, weil die Ausführungen an Sie von einer gegen die Politik der USA gerichteten Tendenz geprägt waren.

In Fragestellung gefaßt wird aber deutlich, worin die Verfasser erste konkrete Schritte für umfassende Abrüstung sehen:

- Verhinderung der Aufstellung von Raketen und Marschflugkörpern sowie der Neutronenbomben,
- Verzicht der SU, ihre Mittelstreckenwaffen "noch weiter auszubauen",
- Umwandlung Europas in eine atomwaffenfreie Zone.

4. Das konkrete Petitum an GS Breschnjew betrifft die sowjetische Bereitschaft, in Verhandlungen über "diese Vorschläge" einzutreten. Diese Forderung wird verknüpft mit der Erwartung, daß in diesem Falle die "westdeutsche Regierung" nicht mehr "auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann".

5. Die verständnisvoll-kritische Reaktion durch St Becker auf den Offenen Brief von Havemann an Sie hat sicher wesentlich dazu beigetragen, daß der Offene Brief nicht hochgespielt wurde.

Bewertung:

1. Den aufrichtigen Willen, sich aus Sorge um die Zukunft Deutschlands um eine Initiative zur Erhaltung des Friedens zu bemühen, wird man Havemann und den anderen Unterzeichnern nicht absprechen können. Dafür spricht auch das Bemühen um Objektivität bei der Aussage zum Kräftegleichgewicht in Europa.
2. Vorschläge zur Überwindung der Teilung Deutschlands macht Havemann freilich nicht. Ihm kommt es nur darauf an, die "beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen". Mittel hierzu sieht er in
 - der Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands, wie von der Sowjetunion bis in die 60er Jahre vorgeschlagen;
 - dem Abzug aller Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands;
 - in Friedensverträgen.

Der Plural "Friedensverträge" zeigt, daß Havemann nicht von der Vorstellung ausgeht, daß das ehemalige Deutsche Reich Partner eines Friedensvertrages sein könnte. Auch der Inhalt einer friedensvertraglichen Regelung bleibt offen. Andererseits scheint er ein Zusammengehen der beiden Teile Deutschlands in fernerer Zukunft nicht auszuschließen, denn er überläßt die Lösung unserer "nationalen Frage" den Deutschen selbst.

- Dennoch
ist
auf alle
Fälle
4.5*
3. Die Überlegungen Havemanns zur deutschen Frage tragen den realen Kräfteverhältnissen und der historischen Entwicklung nach dem Kriege nach unserer Einschätzung nicht Rechnung: ein neutralisiertes, entmilitarisiertes Deutschland als Vakuum in der Mitte Europas ist nicht existenzfähig.

Die Bedeutung des Schreibens liegt darin, daß sich in dieser Initiative Argumente der Friedensbewegung mit Überlegungen zu einer neutralistischen, auf die Lösung der deutschen Frage gerichteten Politik verbinden. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Tendenz durch die Publizität um das Schreiben von

Havemann an Boden gewinnt.

5. Kurz: Bedenkenswerte Vorschläge eines Mannes, der an der Lage in Deutschland leidet. Leider sind die Vorschläge weit entfernt von der Wirklichkeit.

Referat 221 hat mitgewirkt.

Höynck
(Dr. Höynck)

Im Wortlaut:



Havemanns Brief an Breschnew

In einem offenen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew hat der DDR-Regimekritiker Robert Havemann zur gemeinsamen Friedenssicherung in Ost und West aufgefordert. Wir veröffentlichen den Wortlaut des Schreibens.

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew!

Voller Sorge um die Zukunft Europas und um den Weltfrieden wenden wir uns an Sie in der Hoffnung, daß Ihr im Herbst erwarteter Besuch der Bundesrepublik Deutschland und Ihr Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Weg eröffnen wird, der aus der gegenwärtigen gefährlichen Entwicklung herausführen wird.

Immer mehr Menschen fürchten sich vor, daß nach einem über dreißigjährigen Frieden in Europa nun unser Kontinent die totale Vernichtung in einem nuklearen Weltkrieg droht. In Westeuropa konkretisiert sich diese Furcht insbesondere in der Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, den Bau der Neutronenbomben sowie die in Europa lagernden Atomwaffen. Wenn diese Waffen jemals zum Einsatz kommen, werden wir Europa in eine Wüste verwandeln.

Es ist bekannt, daß die Befürworter dieser Politik diese sogenannte Abrüstung der NATO als rein defensiv bezeichnen. Sie sei nur die Antwort auf die Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes mit den neuen, gleichfalls weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 und auf die große zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe.

Angesichts der Größe der uns drohenden Gefahr erscheint es uns notwendig, die Frage zu stellen, ob diese Eskalation des Schreckens noch andere Gründe hat: Wie kann die Aufrüstung der Raketen und Marschflugkörper und der Neutronenbomben verhindert werden? Wie kann Europa, das heute das Gebiet der Erde mit der größten Anhäufung nuklearer Sprengköpfe ist, in eine Atomwaffenfreie Zone verwandelt werden?

Obwohl wir, Unterzeichner dieses Briefes die Gründe dieser gefährlichen Entwicklung sehr verschieden einschätzen, wollen wir unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursprünglich aggressive Ziele verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben. Leider hat aber im Laufe der Jahre auf beiden Seiten ein schreckenerregendes Wettrüsten dazu geführt, daß sich heute an der Demarkationslinie in Europa zwei waffenstarrende Militärmaschinen gegenüberstehen. Sie verfügen über ein Vernichtungspotential, das ausreicht, die ganze Menschheit nicht nur einmal, sondern vielleicht fünf- oder zehnmal zu töten. Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein de-

Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen. Auf die darin liegenden Gefahren braucht nicht erst hingewiesen zu werden. Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schlen hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, wenn die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat. Jede Bombe, jede Rakete, überhaupt jede Waffe, die von unseren Beschützern nach Deutschland gebracht wird, sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher. Wir brauchen keine Rüstung,

wir brauchen Abrüstung. Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Fortführung der weltweiten Entspannungspolitik, damit NATO und Warschauer Pakt eines Tages überflüssig werden. Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sondern durch deren Beseitigung. Es gilt insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben). Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg.

Dieses Ziel erscheint vielen Deutschen zwar erstrebenswert, aber vorläufig utopisch. Sie können es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten. Wir glauben aber, daß dies sehr wohl möglich ist, wenn gleichzeitig die militärische Basis der USA in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa überhaupt aufgelöst wird. Zugleich müßte im Friedensvertrag festgelegt und durch die Großmächte garantiert sein, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militarpotential geschaffen wird. Sehr geehrter Herr Breschnew! Wir wenden uns in vielleicht letzter Stunde an Sie mit der Bitte, diese Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Wir sind überzeugt, daß keine westdeutsche Regierung weiterhin auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann, wenn die Regierung der Sowjetunion sich bereit erklärt, über einen derartigen Vorschlag zur Lösung der Spannungen in Europa zu verhandeln, und wenn sie überdies solche Verhandlungen erleichtert, indem sie auch ihrerseits darauf verzichtet, die jetzt schon vorhandene Mittelstreckenrüstung gegen Westeuropa noch weiter auszubauen.

Angesichts der 20 Millionen Toten, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein. Mit dem Ausdruck der Hochachtung

Unterzeichner aus der DDR:

Robert Havemann

R. S. (Physiker)

Gerd Poppe (Physiker)

Rainer Eppelmann (Pfarrer)

Rüdiger Rosenthal

Hans Donarski

Thomas Beyer

Sascha Andersen

Ekkehard Maass

Christian Kloth

Bernd Janowski

Jan Markowski

Wolfgang Mahel

Hartmut Bonk

Grünheide, den 20. September 1981.

Peter Leisegang

Bernd Fiebing (Jugendmitarbeiter,

Berlin-Pankow)

Christiane Weu (Facharbeiter)

Winfried Weu (Facharbeiter)

Eberhard Henke (Manager)

Bernd Schröder (Jugenddiakon)

Uwe Kulisch (Arbeiter)

Ralf Syrowadka (Jugenddiakon)

Bernd Kahlau (Hausmann)

Eva-Maria Eppelmann (Hausfrau)

Helma Kublik (Facharbeiter)

Katja Havemann (Hausfrau)

Gerhard Dietrich (Industrieökonom)

Grünheide, den 25. September 1981

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Seit dem Brüsseler NATO-Doppelbeschluß und den darauf folgenden teils leichtfertigen, teils indiskreten Erklärungen verschiedener Mitglieder der USA-Regierung und hoher Militärs breitet sich in ganz Europa eine wachsende Unruhe und Besorgnis darüber aus, daß die USA eine neue, bisher zwar noch nicht offen deklarierte Politik verfolgen, deren Ziel die Außerkraftsetzung des bestehenden nuklearen Gleichgewichts und damit die Machbarkeit eines territorial begrenzten Atomkriegs ist, bei dem der Sieger den Besiegten überleben kann.

Es ist offensichtlich, daß bei allen militärischen Planungen der NATO ein Land eine überragende Bedeutung besitzt und politisch wie militärisch die absolut entscheidende Rolle zu spielen hat: die Bundesrepublik Deutschland. Die BRD ist die mit weitem Abstand größte Militärbasis der USA im Ausland. Fast alle nuklearen Sprengköpfe, die sich außerhalb der USA befinden, sind auf ihrem Territorium stationiert. In keinem westlichen Land außer den USA selbst gibt es eine so große Zahl von Atom- und Wasserstoffbomben, die nun auch noch durch die besonders teuflischen Neutronenbomben ergänzt werden sollen. In der BRD sind weit über 200 000 amerikanische Soldaten als "Besatzungsmacht" im Dienst, ausgerüstet mit dem modernsten Kriegsgerät aller Waffengattungen. Dieser Armee steht zur Seite die gleichfalls mit modernsten Waffen ausgerüstete Bundeswehr, die als integrierender Besatzungsteil der NATO in allen letzten Entscheidungen nicht deutscher sondern amerikanischer Befehlsgewalt untersteht.

Deutschland, von dessen Zerreißung in zwei Teile sich die Völker Europas einen Schutz vor der Gefahr des Wiedererstehens einer den Frieden bedrohenden deutschen Militärmacht versprochen, ist heute gerade wegen dieser Aufteilung zwischen Ost und West zur Hauptgefahrenquelle für den Frieden in Europa geworden. Die beiden deutschen Staaten, jeder Angriffsspitze und Militärbasis einer der beiden nuklearen Großmächte, werden die unrettbaren ersten Opfer sein, wenn es zu einem "territorial begrenzten atomaren Schlagabtausch" in Europa kommen sollte. So ergibt sich, daß die Waffen, die unsre "Führungsmächte" in unser Land gebracht haben, um unsre Verteidigungskraft zu stärken und unsre Sicherheit zu erhöhen, uns in Wahrheit nicht schützen, sondern aufs Äußerste bedrohen. Jede neue ~~Bombe~~ Sprengkapsel, jeder neue Atom-bomber und jede neue Rakete, die bei uns stationiert wird, vergrößert unsre Gefährdung und bringt uns dem Untergang näher und näher.

Es gibt darum nur einen Weg, die tödliche Bedrohung von uns abzuwenden: Abrüstung, schrittweise Entfernung aller atomaren Waffen vom Territorium der beiden deutschen Staaten, Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands, Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands.

Es ist selbstverständlich, daß sich dies alles nicht von heute auf morgen und nur schrittweise durch geduldige Verhandlungen erreichen läßt, wobei in jeder Phase die Sicherheitsinteressen beider Seiten in vollem Umfang gewahrt sein müssen. In Bezug auf den NATO-Doppelbeschluß ist deshalb dessen zweiter Teil, in dem Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjet-Union über die Mittelstreckenraketen gefordert werden, der entscheidende. Denn durch diese Verhandlungen soll ja erreicht werden, daß die NATO auf die geplante Nachrüstung verzichten kann, weil ihrem Sicherheitsbedürfnis durch Abzug der sowjetischen SS-20 hinter den Ural und möglicherweise weitere "vertrauensbildende Maßnahmen" Genüge getan wird.

Nun scheint es mir offensichtlich zu sein, daß die Bereitschaft zu diesen Verhandlungen auf der Seite der Sowjet-Union viel größer ist, als bei den USA. Aber vielleicht irre ich mich und sehe das etwas einseitig. Doch möchte ich sagen, worauf sich meine Ansicht gründet:

1. Die Sowjet-Union fühlt sich durch die militärische Planung der NATO und besonders durch die geplante Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles, die von Westeuropa aus das Gebiet der Sowjet-Union innerhalb weniger Minuten erreichen können, ernsthaft bedroht. Eine analoge Bedrohung des Territoriums der USA von Seiten der Sowjet-Union existiert nicht.

2. Durch die enormen Rüstungsaufträge, die mit der Nachrüstung verbunden sein werden, erwartet man in den USA eine Ankurbelung der Wirtschaft, die sich gegenwärtig in einer sehr ernsten Krise befindet.

3. In der Sowjet-Union ist die Situation gerade umgekehrt. Die Wirtschaft des Landes leidet sehr unter der schweren Belastung des Wetrüstens. Durch eine Verminderung der Konfrontation mit den USA würde die Wirtschaft entlastet werden. Weil das so ist, wird von bestimmten Gegnern der Sowjet-Union empfohlen, man solle sie gerade mit diesem Verfahren des "Tot-Rüstens" wirtschaftlich ausbluten und in die Knie zwingen.

4. Sollte es zu einem begrenzten Atomkrieg in Europa kommen, dann müßte die Sowjet-Union auf jeden Fall mit der Verwüstung großer Gebiete im europäischen Teil des Landes rechnen. Die USA können dagegen damit rechnen, daß sie unversehrt bleiben.

5. Die Sowjet-Union fühlt sich nicht nur von Europa und vom nahen und mittleren Ost, sondern außerdem noch in von Jahr zu Jahr zunehmenden Maße von China bedroht. Die Aufhebung der Bedrohung durch die NATO wäre darum eine enorme Erhöhung ihrer Sicherheit. Hierfür wäre sie zweifellos bereit, durch weitreichendes Entgegenkommen in den Verhandlungen auch der anderen Seite große Zugeständnisse im Interesse ihrer Sicherheit zu machen.

6. Seit dem letzten Parteikongreß der KPdSU hat die sowjetische Führung wiederholt ihre sofortige und bedingungslose Verhandlungsbereitschaft ausgesprochen und auf diplomatischen Wege Kontakte mit der USA-Regierung angebahnt. Breschnjew hat den Wunsch geäußert, sich mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, so bald als möglich zu treffen, um die Lage in Europa zu besprechen. Auch der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, der noch vor geraumer Zeit ein mit Ihnen vereinbartes Zusammentreffen kurzfristig absagte, hat inzwischen mitgeteilt, daß er an einem Zusammentreffen mit Ihnen interessiert ist, um über Abrüstung zu beraten.

Wenn man bedenkt, wie unbestimmt, schwankend und widersprüchlich demgegenüber die Äußerungen der USA-Regierung zum Thema der Verhandlungen sind, wenn man immer wieder hört, man wolle nur von der Position der Stärke aus verhandeln, weil dies die einzige Sprache sei, die die Sowjets verstehen, (also zuerst nachrüsten und dann verhandeln), wenn man an das in jahrelangen Verhandlungen ausgearbeitete SALT-2-Abkommen denkt, das von der Sowjet-Union längst, von den USA aber immer noch nicht ratifiziert worden ist und wohl auch garnicht mehr ratifiziert werden soll, dann kann man wohl sehr leicht zu dem Schluß kommen, daß die Regierung der USA am Zustandekommen der im NATO-Doppelbeschluß geforderten Abrüstungsverhandlungen bisher wenig interessiert sind.

Der also nur zu sehr begründete Zweifel an einer ernsthaften Verhandlungsbereitschaft der USA-Regierung ist die Hauptursache für die Furch vor dem herannahenden Atom-Krieg, die sich in allen Ländern Europas ausbreitet. Das Mißtrauen geht quer durch alle Parteien hindurch und beschränkt sich keineswegs auf die Linken in den Parteien. Es mag sein, daß die Genossen von der DKP bei der Sammlung von Unterschriften für den "Krefelder Appell" besonders aktiv sind. Aber es wäre reichlich

naiv, zu glauben, daß diese neue Friedensbewegung eine von der DKP, den Jusos und den Grünen künstlich geschaffene antiamerikanische Strömung sei, die nach dem Slogan "lieber rot als tot" die Auslieferung der Bundesrepublik an die Sowjet-Union zum Ziel habe. Eine solche Bewegung kann man überhaupt nicht künstlich schaffen. Sie ist einfach der Ausdruck einer sich ausbreitenden Verzweiflung und Aussichtslosigkeit. Immer mehr Menschen in der BRD wie auch in den anderen Ländern Europas - in Ost und West - geht es einfach zu langsam und schleppend mit dem ersehnten Beginn von Verhandlungen. Sie fangen an, den Glauben zu verlieren, daß mit ihnen noch ein ehrliches Spiel getrieben wird. Ich glaube, daß immer noch sehr viele Ihnen, Herr Bundeskanzler, die absolute Ehrlichkeit Ihres Strebens zubilligen, alles dafür tun zu wollen, um Russen und Amerikaner an den Verhandlungstisch zu bringen. Aber immer mehr Leute zweifeln daran, daß Ihnen das gelingen kann, wenn Sie fortfahren, mit Ihrem amerikanischen Partner in einer - gelinde gesagt - so vornehm zueückhaltenden Art umzugehen wie bisher.

Damit der amerikanische Präsident Reagan und sein Team sich darüber klar werden, daß die europäischen Verbündeten der USA mit einer weiteren Verzögerung der beschlossenen Verhandlungen nicht einverstanden sind, ist es notwendig, schon vor ihrer Eröffnung die Gegenstände und den Umfang der beiderseitigen Vorschläge auf dem Wege der direkten Kontaktaufnahme mit der anderen Seite in Erfahrung zu bringen und - soweit dienlich - auch öffentlich zur Diskussion zu stellen. Die Sowjet-Regierung und auch die Regierung der DDR sind erklärtermaßen hierzu bereit. Nur auf diesem Wege können die amerikanischen Verzögerungstendenzen überwunden werden. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, was beide Seiten bereit sind, auf den Verhandlungstisch zu bringen. Darum richte ich den dringenden Apell an Sie, Herr Bundeskanzler, auf die Angebote Erich Honeckers und Leonid Breschnjews unverzüglich zu antworten und noch im Laufe dieses Sommers mit ihnen zu Gesprächen zusammenzutreffen.

Tatsächlich sind Kontakte dieser Art doch nur eine konsequente Fortführung Ihrer bisherigen Politik der Annäherung und Verständigung. Ich sehe als nicht einmal sehr ferne Perspektive dieser Politik eine sehr weitgehende Annäherung der beiden deutschen Staaten. Es gibt zwar hüten und drüben viele Zweifler, die nicht daran glauben wollen, daß wirklich weitreichende Einigungen erreichbar sind, weil sie gegen den Willen der beiden Führungsmächte durchgesetzt werden müßten. Ich halte aber diese Bedenken, jedenfalls was die Sowjet-Union anlangt, für falsch. Auf jeden Fall muß der Versuch gewagt werden. Weil unsere nationale Zukunft und vielleicht das Überleben der europäischen Kultur davon abhängen, muß jetzt Klarheit darüber geschaffen werden, was möglich ist, was akzeptabel und was nicht akzeptabel ist, - auf beiden Seiten.

Einer der bedeutendsten Männer, die die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht hat, Kurt Schuhmacher, hat den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland einen Kanzler der Alliierten genannt. Es liegt heute in Ihrer Hand, in der wohl kritischsten Phase der Nachkriegsgeschichte Deutschlands das deutsche Schicksal zum Guten zu wenden, doch nicht als ein Kanzler der Amerikaner, sondern als ein Kanzler der Deutschen.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung